

Die voigtl. Vereins-
blätter erscheinen
wöchentlich 2 mal und
zwar Mittwochs
und Sonnabends.

Voigtländische

Subscriptionspreis:
5 ngr. für das Viertel-
jahr. Insertions-
gebühren: 5 A für die
gespaltene Zeile.

Vereinsblätter

aus dem Volke für das Volk.

Verantwortlicher Verleger: Aug. Wieprecht.

Wahl der städtischen Communvertreter.

Das Institut der Stadtverordneten und des größeren Bürgerausschusses hatte sich schon längst in seiner durch indirecte Wahlen immer wieder erneuernden Gestalt und Zusammensetzung überlebt.

Nirgends hat sich dieses Institut aber weniger Achtung erworben, als in der Kreisstadt Plauen. — Das Warum? beantwortet die seit 18 Jahren noch nicht erlangte Uebersicht des Finanzzustandes dieser Stadt, ferner der Mangel eines die ungerichtete Willkür in Zaum und Zügel haltenden Localstatutes, desgleichen das unbefriedigte Bedürfnis des sonst vorhanden gewesenen schönen und reinen Trinkwassers dieser Stadt, nicht minder die ohne Umsicht verwendeten und verschwendeten Gelder der Commun, desgleichen die ohne Noth und Zweck der Commun über den Hals gezogenen kostspieligen Prozesse, z. B. mit Dittmann u., so auch die Zwecklosigkeit verschiedener, aus Communcassen bestrittener Straßen- Schleusen- und anderer Baue, zu welchen den neuesten Beitrag für die Geschicklichkeit der besoldeten Techniker der vor dem Straßberger Thore vom Jahn'schen Hause bis zum Freundschafts-Gebäude gepflasterte Fußsteig liefert, bei welchem dieser Techniker und seine Beistände vermuthlich Hals, Arme und Beine der Menschen für unzubehütende und dem bequemen Gange von Pferden, Ochsen und Eseln weit untergeordnete Gegenstände betrachteten haben!

Nachdem nun die Neuzeit uns zum Heile aller Gemeinden das unmittelbare Wahlrecht gebracht und somit jenes den Volkswillen verhöhrende Wahlmännerinstitut vernichtet hatte; so hätte man in dem freudigen Bewußtsein dieser erlangten politischen Errungenschaft die Grundlage zu einer erhöhten, ja einer allgemeinen Theilnahme an der bevorstehenden Wahl hoffen und mit Gewißheit erwarten können; allein die Zahl der Stimmen ergab das traurige Resultat, daß nicht einmal 200 Personen sich zur Wahl geschickt hatten.

Wenn aber auf der einen Seite bei den Wählern die unverzeihlichste Nachlässigkeit die Grundlage ihrer seltsamen Gedankenlosigkeit bildete, so läßt sich nicht verkennen, wie auf der anderen Seite, d. h. von Seiten der leitenden Wahlbehörde durch ganz ungewohnte, über-tölpelnde Schnelligkeit und Eilfertigkeit, ferner durch eine niemals vorhanden gewesene Interpretation der Gesetze und durch ungesetzliche Verweigerung der Erfüllung gerechter Ansprüche der umfangreicheren Verbreitung der Wahlen hemmend entgegen gearbeitet wurde.

So hat z. B. die Wahldeputation dem Verlangen mehrerer durch Krankheit an der Abgabe ihrer Stimmzettel verhindert gewesener Bürger, solche durch eine abgesendete Deputation von ihnen in Empfang zu nehmen, die höchst sonderbare Eröffnung entgegengesetzt, daß im Wahlgesetze von diesem Fall nichts stehe, sondern jeder persönlich im Wahllokale selbst erscheinen und seinen Zettel abgeben müsse.

Ferner ist durch das System der directen Wahl all der alte Qualm und Sauerteig eo ipso vernunftgemäß beseitigt, nach welchem die Wähler erst bestempelte Wahlzettel sich bei der Wahldeputation abholen und dann zu der bestimmten Zeit zurückgeben sollen.

Es leuchtet doch jedem mit einem kleinen Flämmchen der Vernunft begabten Menschen von selbst ein, daß nach Aufhebung der indirecten (mittelbaren) Wahlen die Ausgabe von Wahlzetteln überhaupt, insbesondere aber von bestempelten Zetteln ein Uding und eine nur Zeit raubende und Kosten verursachende Sache ist. — Jeder Wähler hat etwas weiter zu wissen nicht nothwendig, als erstlich die Namen der wahlfähigen Personen und deren Zahl, und zweitens den Zeitraum, binnen welchem sein Wahlzettel eingereicht werden soll. Alles Uebrige ist von Uebel.

Wozu Ausgabe von bestempelten oder ungestempelten Zetteln? Wird durch dieselben eine Controle erreicht? mit Nichten! — Die Behörde muß wissen und durch ihre vorliegende Tabelle genau zu übersehen ver-

mögen, wer bei Eingabe der Stimmzettel wahlfähig ist oder nicht. Im letzteren Falle wird der Stimmzettel nicht angenommen. Es bleibt offenbar doppelte Arbeit, erst nach dieser Tabelle Zettel auszutheilen und dann wieder nach solcher einzunehmen. Jeder schreibe, oder lasse sich seine zu wählenden Personen schreiben oder drucken und reiche sie bei der Wahldeputation ein, und damit Punktum.

Was die Verweigerung der Abordnung einer Wahldeputation zu Kranken, die es verlangen, und die Ausrede betrifft, daß kein Gesetz diese Bemühung der Deputation vorschreibe, so gehört solches unmittelbar einer Reaktion an. Die Gesetze zur Confirmation der Urkunden und Recognition der Unterschriften, sowie zur Uebergabe der letzten Willen u. dergleichen, fordern auch, daß die betreffenden Personen vor Gericht ihre Erklärung und Willensmeinung aussprechen und abgeben. — Schließt dieses aber ein Verbotungsrecht in sich, daß das Gericht sich zu jenen Personen begeben dürfe? Glaubt ein vernünftig Wesen daran? Folgt die tägliche Erfahrung nicht das Gegentheil? Ist es sonst nicht bei dergleichen Wahlfällen hier mehrmals geschehen? Ist die Einsicht der Vorstände früherer Wahldeputationen hinter der des jetzigen Vorstandes weit zurückgeblieben?

Beantworte Jeder sich selbst diese Fragen! Soviel ist gewiß, daß durch die Verweigerung des Vorstandes der jetzigen Wahldeputation, von Kranken auf deren Verlangen die Stimmzettel in deren Hause abzuholen, unmittelbar der merkwürdige Rechtsatz ausgesprochen wird:

Wer krank ist, verliert seine Wahlfähigkeit!

An dieses Sprüchlein wird Niemand glauben, sowie jede Verfügung, jede Weigerung eines Aktes ungerecht und null und nichtig wird, die dem Geiste eines Gesetzes widerspricht.

Jede Reaktion trägt das Gepräge des deutschen Vereines an der Stirne.

Wem dergleichen ungesekliche Dinge betroffen haben, reklamire, um den stattgehabten Wahlen, als nichtigen, ihren Lohn zu Theil werden zu lassen.

An die Wähler des 43. Wahlbezirkes.

Mitbürger!

Die Pflicht gebietet mir, Euch über den von dem hiesigen Ministerio beabsichtigten Rücktritt untenstehende Mittheilung zugehen zu lassen.

Dieses Pflichtgebot ward dadurch hervorgerufen:

- 1) daß die Gegner des politischen Bewusstseins und der wahren Freiheit der Völker jenes Ereigniß als eine Folge der Haltung beider Kammern und deren Verhandlungen bezeichnen,

- 2) daß die Kammerverhandlungen in ihrer wahren Gestalt von vielen der öffentlichen Blätter nicht wiedergegeben, sondern völlig verkrüppelt und unrein ins Volk gebracht worden sind, und

- 3) daß bei einem so wichtigen Ereignisse jedem Wahlbezirk eine klare Uebersicht über dessen Grundlagen, Ursachen und Wirkungen wünschenswerth erscheinen muß.

Alle Zeitschriften der Rückschrittspartei, als da sind die durch den Mammon der reichen Aristokratie und Geistlichkeit unterhaltenen Journale, z. B. das Dresdner Journal, der Voigtländische Anzeiger, der Bote aus dem Voigtlande, die deutschen Blätter, die Leipziger Zeitung u. dergleichen, schleudern die Blitze ihrer Beschuldigungen gegen die freisinnige Partei der ersten und zweiten Kammer und finden den Untergang der Wohlfahrt Sachsens in dem erklärten Abgange des Ministerii.

Gleiche Ansichten, Meinungen und Gedanken suchen die Finstermänner der deutschen Vereine in ihren Zeitschriften zur Geltung zu bringen. In diesen, so wie in geselliger Unterhaltung spucken sie das Gift schändender Verleumdung über die Deputirten der Kammern, so weit deren Wahl aus der freisinnigen Partei der Vaterlandsvereine hervorgegangen ist.

Neben jener Hoheits-Aristokratie und Hierarchie und neben jenen deutschen Vereinen schämen aber auch sich nicht andere Personen, als da sind Geistliche in ihren Kanzel- und anderen Vorträgen, Lehrer in Bürger- und anderen Schulen, Beamte in ihrem Geschäftskreise, Fabrikanten gegen ihre Arbeiter und Reiche gegen ihre Schuldner öffentlich und heimlich mit rachesüchtiger Wuth in ihrer Befangenheit und politischen Verblendung zu erklären und zu behaupten, daß Mangel an Einsicht, Erfahrung und Mäßigung, so wie die Uebersülle der freisinnigen Grundsätze der beiden Kammern das Ministerium zur Abtrittserklärung gezwungen habe.

Sie demonstrieren, wie hierdurch von den Kammern das Vaterland an den Abgrund seines Unterganges gekommen sei.

Mitbürger! Alle diese aus beispiellosem Parteihaß hervorgegangenen Erdichtungen finden ihre beste und kräftigste Widerlegung in der Handlungsweise der beiden Kammern selbst.

Die Minister hatten, wie bekannt, durch das während der Wahlen zum Landtage in allen vaterländischen Zeitschriften niedergelegte

offene Wort!

ihren Rücktritt auf den Fall des Wahlsieges der Vaterlandsvereine erklärt.

Das Resultat der Wahlen führte ⁵⁾ Theile der Deputirten aus den Vaterlandsvereinen den beiden Kam-

mern zu; demnach sah das Vaterland der Entfagung der Minister noch vor, oder sofort nach dem Zusammen-
tritte der Kammern entgegen.

Es geschah solches indeß nicht. Das Ministerium blieb und verhandelte mit beiden Kammern. Letztere so wie das gesammte Deutschland wurden hierdurch zu der schlußgerechten Folgerung geleitet, daß das Ministerium sich zu den in dem Wahlmanifeste der Vaterlandsvereine ausgesprochenen Grundsätzen hingeneigt hatte.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel erschien daher den beiden Kammern die unerwartete Ministerialankündigung, daß das Ministerium seine Entlassung dem Könige anheim gegeben habe.

Diese Erklärung fand am Vorabende der versprochenen Antwort auf die an die Minister gelangte Interpellation bezüglich der verzögerten Einführung der deutschen Grundrechte statt und berechtigte, in Verbindung mit der im Publikum allgemein verbreiteten Behauptung eines von der Camarilla ausgegangenen Widerspruchs gegen Publikation jener Rechte, die Kammern zu dem Glauben an dieses Gerücht.

Ungeachtet die Minister in der Sitzung vom 27. Januar d. J. dieser in der zweiten Kammer ausgesprochenen Ansicht widersprachen; so verschwiegen sie dennoch unter der allgemeinen Floskel, daß sie nach reiflicher Erwägung der Gesamtlage des Ministeriums die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß sie gedeihlich nicht mehr wirken könnten, die wahren Grundursachen ihres beabsichtigten Austrittes.

Diese Thatsachen und die Seiten des Ministerii am 28. Januar d. J. erfolgte Erklärung seines Verbleibens stellt jedem unbefangenen Auge die Wahrheit dar, daß nicht die Kammern, sondern entweder äußere diplomatische Einwirkungen, oder das Widerstreben einer Hofpartei jene Ministerkrisis herbeigeführt hatte.

Mögen auch die lichtscheuen Eulen der deutschen Vereine, möge das fürchtende Heer nutzloser Staatsbeamter, möge die abgenutzte Adelspartei, möge endlich das durch die Verschiedenheit der Metalle fortgesetzt in galvanischer Erschütterung gehaltene Gehirn der Geldaristokratie die Schuld der Ministerkrisis den Kammern unter allerlei Verdächtigungen zuschieben; so wird doch die Wahrheit obiger Ereignisse diesem Vorgeben den Stempel feindlicher Erfindung auf die Stirne prägen.

Mitbürger! Wähnet indeß nicht, daß die Kammern je in ihrer derzeitigen Zusammensetzung der Drohung eines Ministerwechsels ihr Wollen und Wirken und die Freiheit des Volkes zum Opfer bringen würden.

Sollte der Lauf der Zeiten und Ereignisse eine Gestaltung hervorrufen, welche dem freien Entwicklungs-
gange der Grundsätze der demokratischen Partei der Kammern sich mit Gewalt entgegenstellte und deren Sieg

zur Unmöglichkeit machte, so werden die Männer Eurer Wahl vor einer Auflösung der Kammern nicht erschrecken, sondern im Bewußtsein treuer Pflichterfüllung willig in Euren Kreis zurückkehren und Euren souveränen Volkswillen es überlassen, ob Ihr bei den, dann nach Verlauf von 6 Monaten nothwendig werdenden, neuen Wahlen nach gleichen politischen Grundsätzen Eure Stimmen freigefinnten Männern ertheilen, oder Eure Ansprüche auf die Verheißungen der Märztage 1848 aufgeben und das Wohl und Wehe Männern anvertrauen wollt, die in der Gunst der Minister und Regierungsbeamten das Heil ihrer Zukunft, und in dem unverändert bleibenden Stande der Staatsverhältnisse das Wohlsein des Volkes für die Ewigkeit begründet sehen.

Die Widersacher der Freiheit der Völker benutzten diese Ministerkrisis, um durch ihr Geschrei die Aengstlichen und Befangenen gegen die Bekämpfer der Unterdrückung aufzureizen. Dieselben scheuen sich noch jetzt nicht, selbst die unreinsten Saiten aufzuspannen und auf ihrem faulen Instrumente anzuschlagen, doch der Mißlaut dieser Grabestöne kann und wird im muthigen Herzen des edlen Mannes Anklang nimmermehr finden.

Der Sturm der hochwogenden Zeit wird, wo es nicht bereits geschehen ist, jenen Verdummungsverbreitern die Larve von dem heuchlerischen Antlitze reißen. Die Sonnenhelle der Wahrheit wird dann das letztere in seiner verzerrten Gestalt selbst dem schwächsten Auge als eine Mißgeburt und als die ekelhafte Frage eines jesuitischen Systems darstellen.

Die freisinnigen Kammern werden mit männlicher Entschlossenheit unter jeder Bedingung die Fäden zu zerreißen suchen, die nach den letzten Wahlergebnissen an den Spinnrocken feindseliger Aristokratie ununterbrochen heimlich gesponnen werden.

Raum fühlbar sucht diese gleißnerische Partei des Stillstandes und Rückschrittes den einzelnen feinen Faden diplomatisch klug um die Glieder und Herzen des Volkes zu ziehen, damit über lang oder kurz durch Fädenvervielfachung ein Sclaventau jede freie Volksbewegung hemme und jeglichen Muth vernichte.

Hütet Euch, Mitbürger! vor solchen Wölfen in Schaafskleidern, vor den glatten, schönen Worten der Heuchler, welche unter dem Scheine der Willenskraft für Volkswohl nur ihrer Selbstsucht fröhnen und Euch zum Mittel ihrer Pläne zu gebrauchen streben.

Durch Euren Willen, durch Euren Geist, durch Eure Körperkraft beabsichtigen sie entweder ihre Geldsäcke zu füllen, oder die ihnen für Eure Befehrung zum aristokratischen Systeme gebotenen einträglichen Stellen und Pfründen zu erhaschen. Ob das Volk glücklich sich befinde, kümmert sie nicht, ihr Abgott bleibt ihre eigene Person und deren Wohlbefinden.

Hütet Euch vor derlei Creaturen namentlich in der Jetztzeit, wo dieselben wuthentbrannt keinen ihrer Conforten und nur wenige Glieder der deutschen Vereine auf den Sitzen der Kammern erblicken. Hütet Euch vor ihnen, mögen Sie zu Euch schleichen, oder Euch zu sich rufen lassen, mögen sie im Ornate der Obrigkeit oder der Kirche, im Mantel des Magisters, oder mit den Orden zu vieler Verdienste geschmückt, mögen sie mit der gewichtigen Miene des erfahren sein wollenden Alters, oder mit der geschwägigen Zunge leidenschaftlicher Jugend Eure Bekehrung erwirken und ihre Ueberzeugung zu der Eurigen machen wollen.

Lasset Euch nicht irren. Lasset das Lichtelement der wahren Volksfreiheit nicht durch das schwarze, verpestete Wasser der Reaction und Despotie wiederum tödten und den Altar zur Schande und Schmach des edlen deutschen Volkes vernichten, auf dem es seit den Märztagen seine Opferflammen hochlodern zum Himmel sendete.

Mitbürger! bedenkt, daß der Aristokratie aller Branchen und der Hierarchie das jetzige Moment von höchster Wichtigkeit erscheint, um den Freiheitsinn des Volkes zu mediatisiren und denselben für sich auf den Fall vorzubereiten, welcher nach etwaiger Auflösung der Kammern eine neue Wahl erforderlich machen würde!

Uebrigens versichere ich meinen Wählern, daß die zweite Kammer, mit Ausnahme meiner Person, noch nie aus so vielen geistig kräftigen, thätigen und gesinnungstüchtigen Volksmännern zusammengesetzt war, wie derzeit. Als Beleg diene, daß der Regierungsrath Todt in der 6. Sitzung dieser Kammer sich selbst offen dahin aussprach:

daß der jetzige Flor der zweiten Kammer nicht zu allen Zeiten wiederum derselbe sein werde!
und später in eben derselben Rede bemerkte,
wie er darauf aufmerksam mache, daß, wenn eine Kammer ihrer geistigen Sphäre nach nicht gerade so zusammengesetzt sei, wie die gegenwärtige zweite Kammer, es mit dem ständigen Deputationswesen bedenklicher sei u.

Wenn von der Regierung selbst einer meistentheils aus demokratischen Abgeordneten zusammengesetzten und mithin nicht gerade ihr angenehmen Kammer ein derartiges Anerkenntniß zu Theil wird, dann bedarf es keines Wortes, um die stockgemeinen, schändenden Schmähungen der deutschen Vereine und der Aristokratenpartei zurückzuweisen.

Der Himmel erhalte die reine Erkenntniß der Männer des Voigtlandes, damit nicht das knechtende Scepter der Reactionäre, Stellenjäger und Mammonsjünger von Neuem Wunden schlage, jezt, wo die alten annoch bluten und schmerzen. Dresden am 29. Januar 1849.

H a u f n e r,
Deputirter des 43. Wahlbezirks.

A u c t i o n .

Ich bin gefonnen, am 12. Februar und die darauf folgenden Tage mein ganzes Inventarium, bestehend aus Jacquard-, Schlag- und Copir-Maschinen, so wie 9 Stück neuer Webstühle und sämmtlichem Hausgeräthe an die 8 Uhr.

Die zweite Sitzung der Stadtverordneten zu Plauen.

Wenn es auch für die hiesigen Bewohner von Interesse sein kann, die Mittheilungen über die Stadtverordnetenverhandlungen möglichst speciell in diese Blätter niedergelegt zu lesen; so dürfte doch dieses Interesse für die auswärtigen Leser nicht vorhanden sein. In dieser Hinsicht und weil auch der Verleger dieser Blätter zu sehr benachtheiligt würde, mag es genügen, wenn jene Verhandlungen nur in der Hauptsache und gedrängt hier mitgetheilt werden. Referent will also gleich heute mit der auch ihm erwünschten Abkürzung beginnen.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Bemerkung, daß außer der Rückantwort des Stadtrathes auf den in letzter Sitzung gefaßten Beschluß auch noch ein Schreiben der Stadtverordneten zu Dresden eingegangen und heute mitzutheilen sei.

In jener Rückantwort wird vom Stadtrathe beklagt, daß der gedachte Beschluß, welcher vom Rathe als ein ungeschicklicher bezeichnet wird, gefaßt worden ist.

Georg Teuscher, nicht gänzlich in Abrede stellend, daß der fragl. Beschluß nicht im Einklange mit der Städteordnung stehe, giebt zu bedenken, wie außerdem zum Ziele gelangt werden könne, da ja Strafauflagen bis zur Höhe von 20 Thlr. und öftere Beschwerdeführungen nicht den erwünschten Erfolg herbeigeführt! Er bemerkt auch noch, daß eben wegen des Mangels eines Vermögensverzeichnisses zwei Stadtrathe, Schweigert und Gramer, die ihnen gewordene Funktion wohl angetreten aber bezüglich sogleich wieder niedergelegt haben!

Nach ihm ergreift Lindemann das Wort und bittet, den fragl. Beschluß zu modificiren.

Eine lange Debatte entwickelt sich und vielfach wird sich dabei betheiliget. Darüber, daß gegen den Stadtrath die kräftigsten und strengsten Mittel zu endlicher Aufstellung eines Vermögensverzeichnisses gebraucht und angewendet werden müssen, war allgemeines Einverständnis.

Im weitem Verlaufe geht G. Teuscher von seinem frühern Antrage in soweit zurück, daß er nur dasjenige, was zu den Finanzen und zur Verwaltung gehöre, von der Geschäftsführung der Stadtverordneten ausgeföhrt wünsche.

Es wird dieß als Unterantrag betrachtet und erlangt hinreichende Unterstützung.

Einen zweiten Antrag stellt Eduard Teuscher dahin, daß sofort Beschwerde geführt und durch diese die Auflage an den Rath bewirkt werde, binnen 4 Wochen das Vermögensverzeichnis zu fertigen.

August Ludwig beantragt, erst den Stadtrath zur Bestimmung einer Frist aufzufordern und dann erst, wenn diese Frist abgelaufen, den Antrag G. Teuschers zur Ausführung zu bringen.

Ferner beantragt Lindemann, wie schon oben angedeutet, den früher gefaßten Beschluß dahin zu modificiren, daß zwar von demselben zurückgegangen, daran aber gewisse Bedingungen geknüpft werden.

Auch noch andere Anträge wurden gestellt. Alle erlangen Unterstützung.

Die Fragstellung gab Anlaß zu einer kurzen Discussion. Der Lindemannsche Antrag wurde mit 17 gegen 1 Stimme angenommen.

Dann kam, nachdem Ludwig seinen Antrag zurückgezogen, der Antrag G. Teuschers zur Abstimmung. Auch dieser wurde mit Stimmenmehrheit zum Beschluß erhoben und hiermit wurden zugleich die übrigen Anträge erledigt.

Hierauf liest der Vorsitzende das bereits im Eingange erwähnte Schreiben der Stadtv. zu Dresden vor. Dasselbe betrifft den Anschluß an eine von dem Collegium der Dresdner Stadtverordneten ausgehende Petition, die Vorlage eines neuen Einquartirungsgesetzes für Kriegszeiten.

Hiernächst übernehmen Lang und G. Teuscher die Besorgung der Sparkassengeschäfte, während die Wahl der übrigen Deputationen auf nächste Sitzung festgesetzt wird.

Nachdem noch Schubert mit Fertigung obiger Beschwerde beauftragt war, wurde die Sitzung geschlossen.

Meistbietenden gegen baare Bezahlung in meiner Behausung zu versteigern, wozu ich Kauflustige hierdurch einlade.

Delsnitz. Wilhelm Wendelbrück.

Redactionsausschuffigung Freitags den 9. Febr. Abend